

Clemens Wanzke  
Röntgenweg 78  
06667 Weißenfels

Weißenfels, 12.02.2013

Gernot Thielitz  
Damaschkestraße 20  
06667 Weißenfels

**Nur per Mail an: [gerthie@t-online.de](mailto:gerthie@t-online.de)**

## **Anfrage Stadtratssitzung 31.01.2013**

Sehr geehrter Herr Thielitz,

der Öffentlichkeit ist ja bekannt, dass ich Mitglied der Bürgerinitiative „Pro Weißenfels“ bin. In einer Bürgerinitiative finden sich aus konkretem Anlass heraus Bürger zusammen und bilden eine Interessengemeinschaft mit dem Ziel, Einfluss auf die öffentliche Meinung und /oder Parteien und Wählervereinigungen zu nehmen. Dies sehe ich als hohes Gut der Demokratie an, weil dies oft das einzige Mittel, außer dem Tag der Kommunalwahl, ist, wo und wie man sich auf der Ebene der politischen Vertreter Gehör verschaffen kann.

Auf Ihre Frage, ob ich persönlich die Mitglieder der Bürgerinitiative als „volksverhetzende Unruhe stiftende Horde“ einstufe ein klares Nein. Jeder Bürger hat das Recht, sich zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen, um deren Ziel einen erhöhten Nachdruck zu verleihen. Im persönlichen Gespräch mit einigen Mitgliedern der Bürgerinitiative, zumeist Vorstandsmitglieder, haben wir uns inhaltlich verständigt und in vielen Sachverhalten Konsens gefunden. Da Sie an dem Gespräch selbst mit teilgenommen haben, möchte ich auf inhaltliche Dinge hier nicht nochmals eingehen.

Für mich persönlich sind die Bürger immer ernst zu nehmen, dafür ist nicht entscheidend, ob sie mich gewählt oder nicht gewählt haben. Eigentlich kann einem gewählten Stadtrat nichts Besseres passieren, als das er ein Feedback von der Bevölkerung auf seine Arbeit bekommt. Dass man dabei immer gleicher Meinung ist, erwartet wohl keine der beiden Seiten. Um thematisch wachzurütteln, muss man ggf. auch provozieren. Dies müssen auch gewählte Vertreter aushalten. Wichtig hierbei ist aber, dass ein gewisser Rahmen eingehalten wird. Dies ist in der Vergangenheit auf beiden Seiten nicht immer der Fall gewesen, aber von den handelnden Personen mittlerweile erkannt worden.

Ihrem Ziel, sich für gerechte Beiträge einzusetzen, sehe ich mich insoweit mit Ihnen verbunden, dass bei der Erstellung der Beitragssatzung zwingend geschaut werden muss, was ist dem Bürger und was ist der Industrie zuzuordnen. Dass hier möglicherweise Ihr gefordertes Ziel der Umverteilung 70% Industrie, 30% die Bürger nicht voll zum Tragen kommen könnte, ist auch dem Sachverhalt geschuldet, dass wir uns an Gesetze, welche von übergeordneten Gremien beschlossen wurden, halten müssen. In wie weit ich die Gesetzlichkeiten für richtig oder sinnvoll halte, muss hier leider hintenan stehen.

Ich denke, auch in meinem Handeln in der jüngeren Vergangenheit, was mit Sicherheit nicht immer einfach war, konnten Sie meine Intuition und mein Engagement erkennen. Dies lag mit Sicherheit nicht auf Seiten des größten Einleiters in das Klärwerk der Stadt Weißenfels.

Mit freundlichem Gruß

C. Wanzke